

Berliner Tageblatt

Nr. 352

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Verzögerung der belgischen Antwort?

Die Frage

einer selbständigen Antwort Englands.

Fortsetzung der belgischen Vermittlungsbemühungen.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 28. Juli.

Man nimmt hier an, daß die französische und die belgische Antwort heute oder morgen hier eintreffen werden. Nach der „Daily Mail“ werden sie aus dem Entwurf, für eine dem Deutschen Reich zu übermittelnde Antwortnote nebst einigen französischen Ergänzungen und einem Begleitbrief bestehen und alles in allem vier bis fünf Seiten umfassen. Es müßte sich jetzt entscheiden, sagt ein Blatt, ob England weiter mit den Alliierten verhandeln wolle, oder ob es Deutschland eine selbständige Antwort erteilen wolle. Nach dem „Daily Chronicle“ soll belgischer Begleitbrief die Möglichkeit dazu bieten, die Unterhandlungen fortzusetzen. Bemerkenswert ist, daß hier die Zweifel über die französisch-belgische Einigung wieder stärker hervorzuheben sind. So erfährt die „Times“ aus Brüssel, daß trotz aller Bemühungen in mehreren Punkten der Note keine Einigung erzielt worden sei. Noch deutlicher ist der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“. Er schreibt, die Meinungsverschiedenheit zwischen der französischen und belgischen Regierung sei größer, als man bisher gehört habe. Poincaré sei vorzeitig gewesen, als er die Einigung zwischen Frankreich und Belgien bereits als abgeschlossen betrachtet habe. Gestern wenigstens habe der genaue Wortlaut der belgischen Antwort noch nicht festgestellt. Seine Hauptaufgabe erblicke Belgien darin, die Luft zwischen Frankreich und England zu überbrücken. Dies dürfte der Londoner belgische Botschafter Lord Curzon übermorgen mitteilen, als er ihn gestern auf dem Auswärtigen mitbesuchte. Deshalb dürfte, wie der Korrespondent schreibt, die belgische Regierung ihre Antwort lieber um zwei bis drei Tage verschieben, um alle Möglichkeiten einer Verständigung zu erschöpfen, als diese Antwort in einer weniger schicksalreichen Form abzugeben. Der Korrespondent weist darauf hin, daß Belgien nicht so streng an dem Zahlungsplan von 1921 festhalte wie Poincaré, und daß es 40 Milliarden Goldmark als genügende Reparationssumme betrachte. Ebenso verhalte sich die belgische Regierung wohlwollender gegenüber dem Gedanken der Sachverständigenkommission als Poincaré. Der Korrespondent deutet sich dann dagegen, daß die englische Regierung ihre Reparationsforderungen an Deutschland aufhebe, dem erstens werde damit die englische Regierung ihre Ansprüche an Deutschland, zweitens ihren Einfluß, den sie als Gläubigerin bisher in der Reparationskommission besitze, verlieren, drittens einen Präzedenzfall schaffen, der dazu führen könnte, daß die Forderungen Englands gegenüber anderen Schuldner in gleicher Weise geschwächt würden. Ueber die Aussichten der gegenwärtigen Lage äußern sich die Blätter sehr skeptisch. Nach dem „Standard“, der sich ebenso wie die „Westminster Gazette“ mit Poincarés Verschleppungsstakt befähigt, ist es bereits schon nicht unmöglich, Deutschland eine gemeinsame Antwort zu erteilen. In diesem Falle müßte die englische Regierung auf ihrem Faust handeln und tun, was sie könne, um Deutschland vor dem Chaos zu retten. England habe hierbei die Meinung der ganzen Welt hinter sich.

Ueber die Reparationsfrage hat sich gestern auch Lord Robert Cecil in einer Rede in Hitchin, allerdings in allgemeinen Ausdrücken geäußert. Die gegenwärtige englische Regierung nannte er zunächst eine Regierung der Ausführung und Vollendung, die nicht Stimmen gewinnen, sondern Probleme lösen wolle. In der Reparationsfrage gehe die englische Regierung nicht auf diplo-

matische Siege aus, sie wüßte vielmehr die geschäftliche Lösung einer geschäftlichen Frage. Wenn irgendein Privatmann einen zahlungsunfähigen Schuldner habe, so könne er auf doppelte Weise mit ihm verfahren: er könne ihn entweder zur sofortigen Bezahlung seiner Schulden zwingen und ihn dadurch bankrott machen und ruinieren oder aber er könne feststellen, was der Schuldner wirklich zahlen könne und seine Forderungen darauf beschränken. Als Geschäftsmann könne man von einem Schuldner nur solche Zahlungen verlangen, die er leisten könne. Robert Cecil wandte sich sodann gegen den augenblicklichen Streit zwischen Lloyd George und Poincaré. Mit Redauern habe er Lloyd Georges heftige Angriffe gelesen. Lloyd George sei allerdings herausgefordert worden, aber ein doppeltes Unrecht gebe kein Recht. Er sehe keine Vorteile darin, auf diese Weise in auswärtigen Angelegenheiten vorzugehen. Was ihm selbst betreffe, so müsse er voll und ganz von den persönlichen Angriffen auf Poincaré abdrücken. Als hauptsächlichste Gefahr für den Frieden bezeichne Lord Robert Cecil den Argwohn der Völker gegeneinander. „Daily Mail“ meint, daß die Debatte über die Ruhrfrage am nächsten Donnerstag stattfinden und daß sich dann das Unterhaus bis zum 13. November vertage werde.

Zu der neuen Markkatastrophe schreibt der Handelsredakteur der „Times“, daß dieser Sturz selbst Geschäftsleute überrascht habe. Tatsächlich gehe es jetzt außerhalb Deutschlands keine Mark wert für die Mark.

London, 28. Juli. (W. I. B.)

Neuer erfährt, daß die Nachricht, wonach Lord Curzon in der nächsten Woche nach Paris gehen und dort eine Unterredung mit Poincaré und Thunis haben werde, nicht zuträffe. Es werde für wahrscheinlich gehalten, daß der britische Staatssekretär des Neuen im Laufe des Monats August Frankreich einen Besuch abstatten und die Art, der er sich voriges Jahr unterzogen habe, fortsetzen werde. In dieser Zeit werde er Poincaré vielleicht auf der Durchreise durch Paris sehen.

In der Wochenschrift „The Nation“ vertritt Professor Keynes die Auffassung, eine Reparationssumme von 50 Milliarden Goldmark und Annullierung der alliierten Schulden werde alle Parteien befriedigen. Die Zahl von 50 Milliarden Goldmark sei wahrscheinlich zu hoch für Deutschlands Leistungsfähigkeit, doch werde Deutschland eine solche Regelung annehmen können, wenn es ein Tribunal gäbe, auf dessen faire Entscheidung Deutschland vertrauen könne. Dieses Tribunal müsse die Aufgabe haben, die Dauer des Moratoriums und die Höhe der Ratenzahlungen, die darauf folgen, festzusetzen. Keynes ist der Ansicht, daß ein volles Moratorium für zwei Jahre angenommen werden müßte, vorausgesetzt, daß die ersten Ratenzahlungen gering bemessen wären und sich allmählich steigern. Weiterhin betont Keynes, daß man nicht erwarten könne, daß eine deutsche Regierung sich bereit finde, die drückende Last eines Zahlungsplanes auf sich zu nehmen, wenn das gegenwärtige Regime am Rhein und Ruhr aufrechterhalten bleibe. Keine Nation könne ein derartiges Opfer bringen, wenn es nicht der Mühe wert sei. Es sei denkbar, daß jemand diese Bestimmung ausführe, um nicht mehr geschlagen zu werden. Deutschland könne aber nichts gewinnen, wenn es Verpflichtungen übernehme, die die Kosten des Widerstandes im Ruhrgebiet überträfen, wenn ihm seine politische Integrität und Freiheit nicht wiedergegeben werden. Würde Deutschland zu zahlen beginnen, so würden die Leiden und Nöte seiner Bevölkerung unerträglich werden, wenn dazu noch unwürdige Behandlung, Abhängigkeit und Unterdrückung in jeder Form käme.

(Siehe auch Seite 2.)

Was zu fordern ist.

Vorauszahlung auf alle Steuern. — Goldbons der Finanzämter. — Ausübung der Verordnungs Gewalt des Reichspräsidenten.

Von

Dr. Arthur Hollohen.

Die Reichsregierung hat sich endlich zu Entschlüssen aufgerafft. Sie hat ein Gesetz über die Erhebung eines Opfersteuergesetzes für Rhein und Ruhr, ein Gesetz über Verringerung einzelner Verbrauchssteuern und ein Steueranleihegesetz angeknüpft. Der Reichsfinanzminister hat ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Vermögenssteuergesetzes, des Erbschaftsteuergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vorgelegt. Die Beratung dieser Gesetze soll durch den Reichstag am 8. oder 9. August erfolgen. Sie wird zweifellos einige Tage in Anspruch nehmen, und ehe die aus den Gesetzen zu realisierenden Steuereinnahmen zu fließen beginnen, vergeht gewiß noch einige Zeit. Die Reichsfinanzen würden unter diesen Umständen in den nächsten vier, fünf oder sechs Wochen ohne wesentliche Steuereinnahmen bleiben. Wenn das Reich aber weiterhin so gut wie restlos auf die Notenpresse verwiesen bleibt, dann muß ernstlich die Befürchtung ausgesprochen werden, daß das Gebäude der Reichsfinanzen und daß die deutsche Währung einen vier- bis fünfmaligen „Ausstoß“ der Notenpresse in den nächsten Wochen nach Paris gehen und dort eine Unterredung mit Poincaré und Thunis haben werde, nicht zuträffe. Es werde für wahrscheinlich gehalten, daß der britische Staatssekretär des Neuen im Laufe des Monats August Frankreich einen Besuch abstatten und die Art, der er sich voriges Jahr unterzogen habe, fortsetzen werde. In dieser Zeit werde er Poincaré vielleicht auf der Durchreise durch Paris sehen.

In der Wochenschrift „The Nation“ vertritt Professor Keynes die Auffassung, eine Reparationssumme von 50 Milliarden Goldmark und Annullierung der alliierten Schulden werde alle Parteien befriedigen. Die Zahl von 50 Milliarden Goldmark sei wahrscheinlich zu hoch für Deutschlands Leistungsfähigkeit, doch werde Deutschland eine solche Regelung annehmen können, wenn es ein Tribunal gäbe, auf dessen faire Entscheidung Deutschland vertrauen könne. Dieses Tribunal müsse die Aufgabe haben, die Dauer des Moratoriums und die Höhe der Ratenzahlungen, die darauf folgen, festzusetzen. Keynes ist der Ansicht, daß ein volles Moratorium für zwei Jahre angenommen werden müßte, vorausgesetzt, daß die ersten Ratenzahlungen gering bemessen wären und sich allmählich steigern. Weiterhin betont Keynes, daß man nicht erwarten könne, daß eine deutsche Regierung sich bereit finde, die drückende Last eines Zahlungsplanes auf sich zu nehmen, wenn das gegenwärtige Regime am Rhein und Ruhr aufrechterhalten bleibe. Keine Nation könne ein derartiges Opfer bringen, wenn es nicht der Mühe wert sei. Es sei denkbar, daß jemand diese Bestimmung ausführe, um nicht mehr geschlagen zu werden. Deutschland könne aber nichts gewinnen, wenn es Verpflichtungen übernehme, die die Kosten des Widerstandes im Ruhrgebiet überträfen, wenn ihm seine politische Integrität und Freiheit nicht wiedergegeben werden. Würde Deutschland zu zahlen beginnen, so würden die Leiden und Nöte seiner Bevölkerung unerträglich werden, wenn dazu noch unwürdige Behandlung, Abhängigkeit und Unterdrückung in jeder Form käme.

Die technische Durchführung denken wir uns so, daß die Finanzämter über Steuerbeträge, die in Papiermark eingezahlt werden, Goldmarkquittungen auf Grund des Goldzollausgeldes erteilen. Damit sind die Steuervorauszahlungen, die späterhin, wie gesagt, auf die Gesamtheit der künftigen Steuern in Anrechnung gebracht werden können, werbeständig gemacht. Es wird sogar ein Anreiz gegeben, überschüssige Papiermarkmittel dequater Kreise, die in der gegenwärtigen Situation keine Anlage in Devisen oder — bei der Verknappung des Warenmarktes — in Waren finden können, auf diese Weise, auf dem Wege vorzeitiger Steuerzahlung, dem Einfluß der Geldentwertung entzogen werden. Es wäre sogar daran zu denken — aber das ist nur ein Vorschlag, der mehr Neben-sächlichliches trifft — daß die Finanzämter Goldmarkquittungen in runden Goldmarkbeträgen erteilen, die die Geschäftswelt unter sich (durch Indossament) als wertbeständiges, Devisen erhaltendes Zahlungsmittel benutzen könnte. Dieses provisorische Goldmarkzahlungsmittel könnte späterhin in den Goldmark Giroverkehr der Privatwirtschaft, der nunmehr gleichfalls durch die Entschleunigung des Reichsbanknotens angeknüpft worden ist, einbezogen werden. Ein solches Zahlungsmittel wäre nicht inflationistischer Art, sondern verdrängte sein Entstehen nicht einer zusätzlichen, aus dem Nichts geschaffenen Kaufkraft, sondern wäre nur die Abspaltung einer in der Wirtschaft schon vorhandenen latenten Kaufkraft, die ihre Deckung findet in den Erträgen der goldproduktionsfähigen Privatwirtschaft. Die Goldmarkquittungen der Finanzämter wären fernerhin später auf die Goldanleihe des Reiches in Zahlung zu nehmen. Auf diese Weise wäre auch eine Antizipation der Einnahmen aus diesen Anleihen herbeigeführt. Daß die Goldbons der Finanzämter sobald wie möglich wieder aus dem Verkehr zu verschwinden hätten und durch den Goldmark Giroverkehr und eventuell sogar durch eine Goldnote der Goldmarkstellung der Reichsbank abzulösen wären, ist selbstverständlich. Aber ohne behelfsmäßige, provisorische Schöpfungen, denen ein typischer Charakter gewiß nicht abgesprochen werden soll, ist kaum über den Berg zu kommen.

Es ist freilich keine Zeit mehr zu verlieren! Es kann nicht abgewartet werden, bis der Reichstag am 8. oder 9. August oder später derartige Maßnahmen beschließt oder die sogenannten „Sachverständigen“ mit ihren Kreierbereien solche Maßnahmen zu verhindern wissen, sobald der politische Horizont eine, wenn auch nur leichte Erhellung zeigt. Weß-

Warnungszeichen.

Zum morgigen Sonntag.

E. F. Eine Revolution, die für einen bestimmten Tag angesetzt wird, pflegt in der Regel nicht einzutreffen. So drängen auch die für morgen angekündigten kommunistischen Demonstrationen nicht den Anfang erreichen, den die lärmende Propaganda der Kommunisten seit Wochen angekündigt hat. Die kommunistische Parteileitung selbst hat die für Potsdam geplante Kundgebung unter freiem Himmel offiziell abgelehnt. Unter der Hand aber werden, wie es scheint, doch Parolen ausgegeben, die eine solche Kundgebung vorbereiten sollen. Morgen vormittag 10 Uhr finden eine Anzahl kommunistischer Demonstrationssammlungen in Berlin und Potsdam in geschlossenen Räumen statt, und die Möglichkeit ist gewiß nicht ausgeschlossen, daß es hierbei zu Zusammenstößen kommt. Nach den getroffenen Vorbereitungen aber wird man annehmen dürfen, daß diesen Kundgebungen gegenüber der objektive Schutz vollkommen ausreicht wird. Die „Rote Sabine“ veröffentlicht einen geheimen Befehl des Innenministers, wonach die Polizei von heute mittag 1 Uhr in Alarmbereitschaft steht. Ansammlungen und Demonstrationen sind nicht geduldet und Ausschreitungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrückt werden. Der Befehl ist gefaßt, aber daran, daß schärfste Unterdrückung aller Ausschreitungen vorgehen und vorbereitet ist, kann kein Zweifel sein. Dem Beispiel Preußens, das angefangen der gepanzenen innen- und außenpolitischen Situation alle Verammlungen und Umzüge unter einem Sinnen verboten hat, sind fast alle übrigen deutschen Länder gefolgt. Nur in Sachsen, Thüringen und Württemberg sind den kommunistischen Kundgebungen am morgigen Sonntag ein Hindernis nicht in den Weg gelegt. Offenbar trennen die Regierungen dieser Länder damit, daß sie

eventuelle Ausschreitungen mit Hilfe der Polizeikräfte abwehren können.

Falsch wäre es allerdings, wenn man die jetzige Situation in ganzen als eine solche ansehen wollte, der mit politischen Mitteln allein zu begegnen ist. Die Kommunisten haben mit großem Geschick für ihre verstärkte Propaganda sich den Augenblick ausgesucht, in welchem die inneren Schwierigkeiten in Deutschland, nicht ohne schwere Schuld der Reichsregierung, sich außerordentlich gesteigert haben. Die „Germania“, die führende Zeitung des Zentrums, das im Reichskabinett durch den Arbeitsminister und durch den Finanzminister vertreten ist, hat sich gestern Abend in einem Leitartikel gegen die Regierung gerichtet, der bedeutendste Aufsätze hervorgerufen hat. Er spricht von den Unterlassungssünden, den verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung, von einem Mangel an Voraussicht und politischen Zukunft, der als glatter Bankrott bezeichnet werden muß. Das Zentrumsbüro weist nachdrücklich darauf hin, daß die Regierung Guno den verhängnisvollen Einflüsterungen der Industrie viel zu sehr nachgegeben hat und daß, wenn man die Mittel zum Ruhrkampf rücksichtslos durch Steuern ausgedrückt hätte, wir vielleicht weniger nationale Bedenken zu erdulden hätten, dafür aber nicht die verhängnisvollen Konsequenzen dieser Art von Interessententzügen befehligen Politik erlebt hätten. Auch der „Demokratische Zeitungsdienst“ wendet sich heute scharf gegen die falsche Finanzpolitik der Regierung und die unverantwortliche Passivität des Wirtschaftsministers Becker. Wir haben das Vertrauen, daß Ausschreitungen der Straße, die etwa morgen verübt werden, von der Staatsgewalt schnell unterdrückt werden. Aber wir möchten auch die Gewißheit haben, daß die tieferen Ursachen der jetzigen Unruhe im deutschen Volke durch organische Maßnahmen der Reichsregierung behoben werden oder daß mindestens der Anfang damit gemacht wird.